

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1909

119 (28.5.1909) 1. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

<p>Er erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Abzügen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 81. 3. 25, durch den Briefträger ins Haus gebracht, 81. 3. 67 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.</p>	<p>Beilagen: Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Stern und Blumen“. Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familienkreis“.</p>	<p>Verleger: Herrmann Wagner in Karlsruhe.</p>
<p>Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: J. Theodor Weber; für Ausland, Nachrichten und den allgemeinen Teil: Franz Wagh; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verleger: Heinrich Vogel; sämtliche in Karlsruhe.</p>	<p>Verantwortlich: Für Anzeigen und Reklamen: Hermann Wagner in Karlsruhe.</p>	

*** Der „Volksfreund“ in Nöten.**

Dem „Volksfreund“ ist in letzter Zeit von uns gehörig eingehend worden. Die Volksfreundredaktion weiß sich bald nicht mehr zu helfen und geht daher fast an den Wänden hinauf. Neuerdings sieht der „Volksfreund“ nun den Streit auf ein anderes Gebiet zu lenken: es ist ihm unangenehm, daß der Stammsitz immer der sozialdemokratische Sozialklub sein soll. Vor einigen Tagen hat er sich daher auf die Theologie gefürzt — wohl in der Hoffnung, denn auf diesem Gebiet macht der „Volksfreund“ und sein alles wissender und fönender Redakteur bekanntlich immer die komischste Figur. Selbstverständlich fehlt dem Herrn Volksfreundredakteur auf diesem Gebiet, wie auf manchem andern, jede Vorbildung. Aber er hat ja noch andere Mitarbeiter, und die springen ihm jetzt bei, weil er es allein nicht bewältigen kann. So hat einer vor einigen Tagen plötzlich mit der Hölle angefangen und dargelegt, was Professor Dr. Halle in seinem Buch darüber schreibt, wo die Hölle sich befinden soll. Dieser „Volksfreund“! Uns ist es ganz gleich, was Professor Wauß über den Ort der Hölle schreibt, ob sie sich nun unter unsern Füßen, im Erdinnern oder sonstwo befindet. Wir halten es mit dem heiligen Cyprianus, der gesagt hat: „Lasset uns nicht darüber grübeln, wo die Hölle ist, kaltes und vielmehr dafür sorgen, daß wir nicht in die Hölle kommen!“ Wir halten es darin mit der katholischen Kirche und ihrem göttlichen Stifter, welche uns ebenfalls bloß lehren, daß es eine ewige Hölle gibt, nicht aber, wo die Hölle ist. Wenn Professor Wauß darüber nachgrübelt, wo die Hölle sein könnte, so ist das sein Vergnügen, aber auch sein Recht. Uns kümmert das recht wenig. Jedenfalls wäre es eine Unmündigkeit von uns, uns mit Leuten darüber herumzustritten, welche, wie die ganze Volksfreundredaktion, erit an die Hölle glauben lernen, wenn sie die Erwigkeit wie ein unendliches Meer vor sich sehen und die bange Frage an sie herantrifft: wo ist die Hölle, wenn die Tore des Erdensystems aufgehen und die Pforte der Erwigkeit sich öffnet? Wir wollen diese Leute nicht überzeugen; aber es gibt C i n e n, die sie überzeugen wird und der kann warten! Es gibt einen, vor dem der Volksfreundredakteur auch mit seinen sieben Sprachen nicht ausweichen kann und der ihn auch unweiderlich auf seine skaudhy-moral prüfen wird. Wir haben es nämlich aufgegeben, aus dem „Volksfreund“ in diesem Betreff auch nur noch ein einziges ehrliches Wort herauszubringen angefaßt der Tatsache, daß er entweder außer Stande ist, zu begreifen, daß Kautsky die Erwigkeit der Lüge in gewissen Fällen

lehrt, oder daß ihm — was das wahrscheinlichere ist — der gute Wille fehlt, die Wahrheit anzuerkennen. Es gibt Leute, welche gewohnheitsmäßig die Finsternis mehr lieben als das Licht.

Es gibt sogar Sozialdemokraten, welche, wie der Genosse Bernhard, lehren, man dürfe nicht nur lügen, sondern man müsse geradezu lügen und nicht bloß Feinde belügen, sondern auch Freunde. Wie haben jüngst einen Fall erzählt von Berlin, wo ein Sozialdemokrat aus der Partei austrat, weil ein Genosse tatsächlich im Auftrag des sozialdemokratischen Komitees sogar die Genossen angelogen hatte. Nun führt aber der „Volksfreund“ einen ganz schrecklichen Streit gegen uns. Er zitiert nämlich in seiner Nr. 121 in einem Artikel „Reinheimoral“ einige angebliche Aussprüche von Reinheimoralisten über Eid und Wahrhaftigkeit. „Nur eines uns nicht völlig klar ist, ob die Geschichte nämlich wirklich wahr ist“, heißt es in einem Kinderkalendar bei einer ungläubigen Erzählung. Und so geht es uns auch hier. Zunächst dürfen wir uns eine Frage erlauben an den Herrn Redakteur und Parlamentarier und Dr. der Theologie Kolb: Die angeführten „Zitate“ stammen aus Werken, die samt und sonders — vielleicht mit Ausnahme eines einzigen — nur in lateinischer Sprache existieren. Hat der Herr Redakteur Kolb sie selbst aus dem Original ins Deutsche überetzt? Oder hat er sie wo anders her? Waren sie schon überetzt? Und von wem? Und dann: Wo hat er sie her? Er wird uns aufsuchen müssen, daß wir ihm ganz genau gesagt haben wo er Kautsky seine Wahrhaftigkeitsmoral, die der „Bad. Beob.“ „inam gefaßt“ haben soll — so sagt sich nämlich heute noch der wahrhaftige „Volksfreund“ auszuludern — vertreten hat, jedoch er sehr leicht kontrollieren konnte. Diese unerlässliche Gewohnheit jedes Wames, der mit Zitate erit genommen sein will, hat aber der Dr. theol. Kolb leider nicht befolgt. Er legt platt die „Zitate“ hin, ohne dazu zu schreiben, wo er sie her hat. Es ist uns daher heute gar nicht möglich, sie zu kontrollieren, obwohl wir jetzt schon mit aller Sicherheit behaupten können, sie sind entweder gefälscht oder verdreht. Will sich der Herr Gottesgelehrte Kolb gegen diesen Vorwurf wehren, dann muß er seinen Gewährsmann, dann muß er seine Quelle nennen. Wir glauben nämlich nicht, daß Herr Kolb auf seiner Sanktionsbibliothek die Moralwerke von Lessing, Sandes, Ramburini, Leibniz, Vallertini Palmieri und Gury (so wird er geschrieben, Herr Kolb, nicht Gury, wie Sie schreiben!) in den Regalen stehen hat. Oder sollten wir uns täuschen? Dagegen wissen wir, daß in der Buchhandlung des „Volksfreunds“

allerlei antikerischer Sahund zu finden ist, in welchem es unter Umständen auch einmal „Gury“ statt Gury und „propale“ (so heißt es im „Volksfreund“) statt „probale“ heißen kann. Auch wissen wir, daß große Herren, welche von Theologie weit mehr verstehen als Dr. theol. Wilhelm Kolb, schon öffentlich wurden, als sie ganz daselbe taten, was der „Volksfreund“ in seinem „Reinheimoral“ überschiedenem Artikel tut. Ferner wissen wir, daß selbst Sozialdemokraten, die allerdings etwas mehr allgemeine Geistesbildung haben als Herr Kolb sie nach seiner Vorbildung haben kann, den Redakteur über den Kopf ziehen, wenn von der antireligiösen Literatur der Sozialdemokratie die Rede ist, weil sie wissen, wie blamabel es dort mit dem sozialdemokratischen Wissen bestellt ist. Und dann wissen wir auch, was der Genosse Gölbe, der als gewöhnlicher Pastor, ebenfalls in theologischen Sachen besser beslagen ist als Herr Kolb, über die sozialdemokratische Volksliteratur auch die religiöse sagt. Er schreibt in seiner Schrift: „Drei Monate Fabrikarbeiter und Handwerkbürge. Leipzig Grunow“ (Sehen Sie, Herr Kolb, wir geben die Quelle an, was Sie nicht tun, weil wir unserer Sache sicher sind!):

„Doch die Sozialdemokratie hat nicht edel und ehrlich dabei gehandelt, als sie diese neue Volksliteratur schuf. Sie mißbrauchte das Vertrauen, das das Volk ihr hierin entgegenbrachte. Sie gab ihm nicht die wahre moderne Wissenschaft, sondern ein Extrakt aus ihr, das ein Erzeugnis agitatorischer Veredlung war. (Wie alles, was die Sozialdemokratie tut. D. N. d. V. V.) Sie fälschte und strich von der neuen Wahrheit, was ihr ungemütlich, sie tauchte alles in die Farbe der Partei und stellte den so gewonnenen Inhalt ausschließlich in den Dienst ihrer Interessen. (Also nicht in den Dienst der wahren, wahrhaftigen Aufklärung. D. N. d. V. V.) ... und endlich fälschte man — in Zeitlicher der Wüte der Geschichtsforschung! — die ganze Weltgeschichte ...“

Nach alle dem wird die Volksfreundredaktion beargwöhnt, daß aus der Reinheimoralartikel im „Volksfreund“ nicht imponiert und wir erst das Weiter abwarten wollen. Damit kann Herr Kolb vielleicht seinem Kollegen Silber, von dem er ja selbst glaubt, daß er kein Gelehrter ist, imponieren, uns jedoch nicht! Also bitte heraus mit Ihrem Wissen, damit wir uns endlich überzeugen, daß wenigstens der „Volksfreund“ nicht nach Kautskyschen Grundsätzen über seine Gegner lügt. Der Anfang war bis jetzt nichts!

Deutschland.

Berlin, 28. Mai 1909.

Eine neue Auguststeuer ist jetzt in der Finanzreformkommission beantragt worden von den Abgeordneten Erzberger und Dr. Richter, nämlich eine Besteuerung der Korfmereien und ähnlicher Gegenstände nach dem Werte (Vanderloshstem).

Der Antrag lautet in seinem Hauptteil: Besteuerung von Nahrungsmitteln und Schönheitsmitteln. Mether- und weingeisthaltige Nahrungsmittel (Korfmereien) und Schönheitsmittel (kosmetische Mittel, z. B. Saarfärbemittel sowie Haut- und andere Verschönerungsmittel), äther- oder weingeisthaltige Kopf-, Mund- und Zahnwässer, wohriehende oder zur Verbreitung von Wohlgeruch dienende äther- oder weingeisthaltige Auszüge (Essenzen, Extrakte, Tinkturen) und Wässer, wohriehender Essig unterliegen einer besonderen in die Reichssteuer fließenden Steuer, welche beträgt für 1 Stück oder 1 Behälter im Kleinverkaufspreis:

- a. bis zu 0,50 M. einschließlich 0,10 M.
- b. über 0,50 M. bis 1,00 M. 0,25 M.
- c. über 1,00 M. bis 2,00 M. 0,50 M.
- d. über 2,00 M. bis 3,00 M. 0,80 M.
- e. über 3,00 M. bis 5,00 M. 1,30 M.
- f. über 5,00 M. bis 8,00 M. 2,00 M.
- g. über 8,00 M. bis 10,00 M. 3,00 M.
- h. über 10,00 M. 4,00 M.

Diese Steuer ist vom Hersteller der in Abf. 1 genannten Erzeugnisse mittels Anbringung von Steuerzeichen an den Packungen oder Behältern zu entrichten, bevor die verpackten Erzeugnisse aus der Erzeugnisstätte entfernt werden. Auf jeder Packung oder jedem Behälter ist der Kleinverkaufspreis oder die Preisgrenze der Steuerklasse in Druckschrift anzugeben.

Die Badereise des Fürsten Eulenburg nach Gastein veranlaßt verschiedene Blätter, sogar die ärztlich-soziale Staatsbürgerzeitung, zu kritischen Äußerungen. Die Berliner „Morgenpost“ schreibt: Einmal kann eine hohe Lustig dessen gewiß sein, daß die Gasteiner Reise Eulenburgs in der Defensivität ein recht bedenkliches Schütteln des Kopfes herbeizurufen wird. Aber freilich, die Eulenburgsreise besteht. Was soll man zu dieser neuesten Selbstaufgabe noch sagen. Man zuckt mit den Achseln und legt's zu dem übrigen. Aus dem letzten Akt des Eulenburgskandals rehabilitieren wir: Die Verhandlung gegen Eulenburg begann am Montag, den 29. Juni 1908; am 17. Juli mußte der Prozeß verlagert werden, da der Zustand des Angeklagten die Verhandlung nicht mehr gestattete. Doch wurde der Fürst zunächst noch

Kirchliche Nachrichten.

Baden-Baden, 27. Mai. Am 22. Juni wird seine Erhebung des hochw. Erzbischof in unserer Stiftskirche für die Pargemeinden Baden-Baden, Baden-Weiler und Baden-Lichtental das heilige Sakrament der Firmung spenden und hierzu am 21. Juni, abends 6 Uhr, hier eintrreffen.

Breslau, 28. Mai. Das Befinden des Kardinals Scappi ist noch immer unverbessert. Gestern fand der Kaiser dem Kranken ein Blumenstrangement mit den besten Wünschen für seine baldige Genesung.

Theater und Kunst.

Karlsruher Denkmäler. Wir lesen im „Schwäbischen Merkur“:

„Die Form, in der das Andenken des Oberbürgermeisters Schmeißer geehrt werden soll, findet nicht allgemeine Zustimmung. Der Stadtrat schreibt eine Büste auf einem Postament aus: was kam da für 15 000 M. gekostet werden. Solcher kleiner Denkmäler stehen schon mehrere hier herum, ohne ersichtlich zu wirken. Und der Platz: neben dem schönen marmornen Kriegdenkmal und gegenüber dem überlebensgroßen Bräutigamsdenkmal des Ministers Winter, das Schöpfers der ersten badischen Eisenbahnen! Da scheint ein Vorschlag doch weit würdiger, der dem Stadtrat vom Vorstand der Stadtbewohner unterbreitet wurde: die 15 000 M. zu verwenden, um die auf dem Riedplatz anstelle des alten Krankenhauses zu errichtende Gewerbeschule schöner auszustatten und mit einer Büste Schmeißers an hervorragender Stelle zu versehen. Diese Schule, „Schneißerschule“, würde den Verdorbenen auf dem Gebiet ehren, auf dem er für Karlsruhe am meisten geleistet hat, auf dem der Schule. Man war allgemein betroffen, daß über diese Vorschläge zur Tagesordnung übergegangen und das Denkmal in obiger Form ausgeführt wurde. Das letzte Wort in der Sache ist vielleicht noch nicht gesprochen.“

darin beruht ja heute der Unsterblichkeitsglaube vieler Leute — an das Rathaus oder an eine Schule, um die er sich verdient gemacht hat. Die Büste von Bürgermeister Kautsky z. B. steht am rechten Platz. Wie einfach waren doch hierin unsere Mitvorden. Sie haben uns unsere schönen Plätze in alten und neuen Städten nicht verkehrt mit langweiligen Denkmälern und Büsten; aber kaum deshalb, weil sie weniger berühmte und verdiente Männer hatten als wir; auch nicht deshalb, weil sie die Plätze ihren Nachkommen für Büsten ihrer zahlreichen berühmten Männer überlassen wollten; sondern deshalb, weil sie mehr Gemüt und weniger Anmaßung besaßen als unsere Zeit. Wir loben uns einen Ahnenaltes mit dem lebensgroßen Bildern der berühmten und nicht berühmten Vorfahren in einen alten Schloß oder Herrenhof. Wir würden uns auch einen Saal in einem Rathaus loben, in welchem man rings an den Wänden oder auch draußen auf den Gängen die Bilder der berühmten und nicht berühmten Bürgermeister nacheinander betrachten könnte. Das wäre viel sinniger und weit weniger kostspielig als billige und doch teure, langweilige Büsten unter jedem Baum in der Stadt herum. Und gewiß wäre das auch Unsterblichkeit genug. Sind es einmal zu viele geworden, dann hängt man sie allefen auf den Speicher. Es trannt dann kein Mensch mehr darüber.

Großherzogliches Hoftheater. Wegen andauernder Unfähigkeit des Herrn Jadowler mußte gestern ausstatt Mozarts „Entführung aus dem Serail“ Leoncavallos „Pajazzo“ und Leo Wechs „Verriegelt“ gegeben werden. Im ersten genannten Lustspiel trat besonders der „Tonio“ des Herrn Wälfner und der „Ganio“ des Herrn Bussard besonders hervor. Die Eulenburgsreise besteht. Was soll man zu dieser neuesten Selbstaufgabe noch sagen. Man zuckt mit den Achseln und legt's zu dem übrigen. Aus dem letzten Akt des Eulenburgskandals rehabilitieren wir: Die Verhandlung gegen Eulenburg begann am Montag, den 29. Juni 1908; am 17. Juli mußte der Prozeß verlagert werden, da der Zustand des Angeklagten die Verhandlung nicht mehr gestattete. Doch wurde der Fürst zunächst noch

Filzgerug Bruchsal-Waldbürn.

Der diesjährige Filzgerug nach Waldbürn geht unter Führung des hochw. Herrn Pfarrer Graf in Unterfronbach am Montag, 7. Juni, früh 8 Uhr 10 Min. hier ab und kommt am Dienstag, 8. Juni, abends 6 Uhr 20 Min. wieder hier an. Abgang in Waldbürn 2 Uhr 16 Min. nachmittags. Alle Anmeldungen sind an die Geschäftsstelle des „Bruchsaler Vot.“ (B. Wiedemann) längstens bis Mittwoch, den 2. Juni, abends 5 Uhr zu machen. Spätere Anmeldungen dürfen nicht auf Berücksichtigung rechnen. Bei der Anmeldung müssen gleichzeitig die Geldbeträge für die Fahrkarte bezahlt werden. Die Preise für die Fahrkarten, Hin- und Rückfahrt, sind die gleichen wie im letzten Jahre, und zwar: Bruchsal 5.— M., Waldbürn 4.80 M., Langenbrüden 4.70 M., Mingselheim 4.60 M., Roth-Walsh 4.40 M., Wiesloch 4.20 M. (Wer infolge verspäteter Anmeldung ohne Filzgerugfahrkarte mit dem Filzgerug reisen wollte, müßte eine Filzgerugfahrkarte lösen, welche ungefähr kostet: ab Bruchsal 8.— M., ab Waldbürn 7.60 M., ab Langenbrüden 7.40 M., ab Mingselheim 7.20 M., ab Roth-Walsh 7.— M., ab Wiesloch 6.80 M.)

Es ist zum Erbarmen mit der Karlsruher Denkmalspflege. Wir möchten nur wissen, was man in 50 oder 100 Jahren über die Denkmäler sagen wird, die unsere Generation in Karlsruhe gelassen hat. Also noch so eine, zum Sterben langweilige Büste irgendwo unter einem Karlsruher Baum! Dießmal zur Abwechslung ein Oberbürgermeister. Die Karlsruher brauchen sich wahrhaftig über die marmorene Siegesallee in Berlin nicht lustig zu machen. „Das ist das Denkmal des berühmten Professors Grashof“, sagte vor einiger Zeit ein Dienstmann zu einer Gesellschaft, die er die Kriegstrage hinunterführte. „Ja, was war denn Grashof?“ fragte man ihn. „Ein berühmter Professor und das ist das Denkmal von ihm“, war die Antwort; mehr war aus dem Mann nicht herauszubringen; er wußte nicht mehr. Wir nehmen es ihm nicht übel. Solche Büsten stellt man sonst am besten in ihre natürliche Umgebung: einen berühmten Professor oder Spezialgelehrten an die Schule, an der er gewirkt hat. Dort hat die Büste auch einen Sinn, während sie sonstwo am schönsten Platz nur öde und langweilig wirkt und nicht verstanden wird. Einen verdienten Bürgermeister, wenn er ein Denkmal haben soll — und

So aber, wie es heute in Karlsruhe beliebt wird, fürchten wir sehr, daß unsere Nachkommen uns beschuldigen werden, wir hätten durch Denkmäler, Büsten an allen Plätzen so viele berühmte Männer gemacht, daß kein Mensch imstande sei, ihre Verdienste alle aufzuzählen, daß aber dadurch zugleich auch ihnen (unserer Nachwelt) die Plätze weggenommen seien für ihre berühmten Männer, deren Zahl ja offenbar, wenn es so fortgeht, wie in unierer denkmalsküsternen Zeit, mit dem Quadrat der Entfernung von der Gegenwart wächst. „Ach dir, daß du ein Enkel bist.“

Wir haben uns bisher gehütet, über den Plan einer Schneißerbüste zwischen Kriegstraße und Weierheimer Allee etwas zu äußern. Die Welt ist böse und liebt die üble Nachrede. Aber da ein liberales angelegenes Blatt darüber ganz ähnliche Gedanken zu äußern gewagt hat, wie wir sie schon lange wälzen, wollten auch wir mit unserer Meinung nicht zurückhalten.

Großherzogliches Hoftheater. Zu der am nächsten Pfingstmontag stattfindenden Aufführung von Richard Wagners „Lohengrin“ wird Fritz Trautorkoff vom Stadttheater in Breslau die Titelpartie singen.

Im Münchener Künstler-Theater geht nach den Neuinszenierungen von „Hamlet“ und „Sommernachtsstraum“ als dritte Premiere des „Deutschen Theaters“ Göthes „Faust“ in Szene. Professor Fritz Erler hat aufgrund der Erfahrungen der verfloffenen Spielzeit und nach Beratungen mit Max Reinhardt gewisse Modifikationen in dekorativer Hinsicht vorgenommen, ohne dadurch das Grundprinzip seiner Inszenierung irgendwie zu ändern. Der „Faust“ wird mit der Musik von Professor Max Schillings gegeben, die vom Tonkünstler-Orchester ausgeführt wird, das bei diesen Aufführungen unter Leitung von Josef Laßalle steht. Die Logie führt Max Reinhardt. Die Rollen sind in folgender Weise verteilt: den „Faust“ werden abwechselnd Alexander Moissi und Oskar Bergel, den „Mephistopheles“ Hub. Schildkraut und Paul Wegener, das „Gretchen“ Else Deims und Canilla Eidenhuth spielen. Die weiteren Hauptrollen liegen in den Händen von Hedwig Wangel, die die „Frau Martha“ darstellen wird, Gertrud Gysolt und Else Kupfer, den Herren Viktor Arnold, Wilhelm Diegelmann, Edward von Winterstein, Hans Wasmann, Ludwig Harton, Harry Liebke und Richard Großmann. Die erste „Faust“-Aufführung findet am 23. Juni statt. Die erste Wiederholung von „Hamlet“ fällt auf den 20. Juni, die erste Wiederholung des „Sommernachtsstraums“ auf den 21. Juni. Das Reibebureau Schenker und Kompanie in München, Promenadeplatz 16, nimmt bereits jetzt Billetbestellungen entgegen und erteilt kostenfrei Auskunft.

Sinfahrt am 7. Juni:

Bruchsal	ab 6.10 Uhr vorm.
Waldbürn	ab 6.20 „
Langenbrüden	ab 6.28 „
Mingselheim-Kronau	ab 6.34 „
Roth-Walsh	ab 6.41 „
Wiesloch	ab 6.51 „
Waldbürn	an 10.34 „

Rückfahrt am 8. Juni:

Waldbürn	ab 2.16 Uhr nachm.
Wiesloch	an 5.50 „
Roth-Walsh	an 6.00 „
Mingselheim-Kronau	an 6.05 „
Langenbrüden	an 6.11 „
Waldbürn	an 6.20 „
Bruchsal	an 6.29 „ abends.

Wir nehmen es ihm nicht übel. Solche Büsten stellt man sonst am besten in ihre natürliche Umgebung: einen berühmten Professor oder Spezialgelehrten an die Schule, an der er gewirkt hat. Dort hat die Büste auch einen Sinn, während sie sonstwo am schönsten Platz nur öde und langweilig wirkt und nicht verstanden wird. Einen verdienten Bürgermeister, wenn er ein Denkmal haben soll — und

Wir haben uns bisher gehütet, über den Plan einer Schneißerbüste zwischen Kriegstraße und Weierheimer Allee etwas zu äußern. Die Welt ist böse und liebt die üble Nachrede. Aber da ein liberales angelegenes Blatt darüber ganz ähnliche Gedanken zu äußern gewagt hat, wie wir sie schon lange wälzen, wollten auch wir mit unserer Meinung nicht zurückhalten.

Die Rollen sind in folgender Weise verteilt: den „Faust“ werden abwechselnd Alexander Moissi und Oskar Bergel, den „Mephistopheles“ Hub. Schildkraut und Paul Wegener, das „Gretchen“ Else Deims und Canilla Eidenhuth spielen. Die weiteren Hauptrollen liegen in den Händen von Hedwig Wangel, die die „Frau Martha“ darstellen wird, Gertrud Gysolt und Else Kupfer, den Herren Viktor Arnold, Wilhelm Diegelmann, Edward von Winterstein, Hans Wasmann, Ludwig Harton, Harry Liebke und Richard Großmann. Die erste „Faust“-Aufführung findet am 23. Juni statt. Die erste Wiederholung von „Hamlet“ fällt auf den 20. Juni, die erste Wiederholung des „Sommernachtsstraums“ auf den 21. Juni. Das Reibebureau Schenker und Kompanie in München, Promenadeplatz 16, nimmt bereits jetzt Billetbestellungen entgegen und erteilt kostenfrei Auskunft.

in Haft behalten. Erst am 22. September wurde die Untersuchungshaft aufgehoben und Eisenburg gegen Stellung einer Kaution von 100 000 Mark freigelassen. Einen Tag später verließ der Fürst die Gharits und fuhr nach Nienberg, wo er sich seither aufgehalten hat.

Rusland.

Oesterreich-Ungarn.

□ Zusammenkunft der leitenden Staatsmänner der Dreieinigkeit. Nach einer Meldung, die der „Wiener Allgemeinen Korrespondenz“ aus Berlin zugeht, soll auch im Laufe dieses Sommers eine Begegnung der leitenden Staatsmänner der Dreieinigkeit zur Besprechung der aktuellen politischen Fragen stattfinden. Für diese Zusammenkunft sei die erste Hälfte des Septembers in Aussicht genommen. Fürst Bülow habe bei seiner Begegnung mit Tittoni während seines Österreichbesuchs eine neuerliche Begegnung des Herrn v. Lehrenthal mit Tittoni in Anregung gebracht und dieser habe seine Bereitwilligkeit hierzu erklärt.

Italien.

□ Ein Klostersturm in der italienischen Kammer. Allenfalls wenn gewisse Elemente wie die Radikalen in Italien (und die Liberalen in Deutschland) auch nur eine geringe Verstärkung ihrer Macht erfahren, kann man das Schauspiel erleben, daß alsbald die Kulturkämpfer in irgend einer Form losbrechen. Bei den letzten Wahlen in Italien haben die Radikalen ein paar Mandate mehr erhalten als früher, die Folge ist schon da: Kulturkampfdebatten bei der Budgetberatung. Beim Justizbudget brachte Chiesa (der schon Name bedeutet auf deutsch Kirche, Chiesa ist aber der grimmigste Hasser der Kirche) folgende Tagesordnung ein:

„Die Kammer fordert den Großherzog von Toskana (Justizminister) auf, die Ausführung der Gesetze über die Unterdrückung der religiösen Körperschaften zu überwachen, welche die vorliegenden Tendenzen der Regierungspolitik frech verletzen lassen.“

In der Begründung führte er hierzu aus: „Man wolle vor allem von dem Minister wissen, ob nach der Aufhebung der Regierung gemäß den bezüglichen Gesetzen von 1866 und 1873 religiöse Körperschaften erlaubt seien, so daß ihnen nur nicht das Recht juristischer Persönlichkeiten aufhöre, oder ob sie durch jene Gesetze schließlich aufgehoben seien und daher nicht gebildet werden dürfen. Der Redner ist natürlich lechter Ansicht und beschuldigt die Regierung der Nichtbeachtung, weil sie untätig zugehört habe, daß sich die Zahl der Ordensleute gegen 1873 sogar verdoppelt hat. Man habe selbst zu den päpstlichen Zeiten nie so viele Mönche und Nonnen gesehen wie heute. Das Kartellgesetz schütze nur deren „unverletzlichen Samen“ in den Ordensgeneralaten, von denen die regulierten Kanoniker 1, die Mönchsorden 16, die Bettelorden 15, die regulierten Mönche 8, die kirchlichen Gesellschaften 24, religiöse Institute 2 Sätze in Rom hätten, zusammen also 67. Von diesen seien aber 172 Männer- und 180 Frauenklöster (von letzteren 33 mit freierem Konvent), zusammen 351, ausgegangen. Diese seien fast sämtlich ungeschützt. Wenn die Bestimmungen außer dem Generalat nicht durchzuführen in Rom, nach einer Menge Ergänzungen und Wohlthaten in der Hauptsache, so daß der Krabbel der Ordensleute ermöglicht. Dazu komme der „Industrialismus“ der Orden, die nicht nur Mönche, Scholastik, Mönche usw. fabricieren, die Skatolanden und die Pilger wie sonstige Fremde „ausbeuten“, sondern auch die billige Arbeitskraft ihrer Pflegebedürftigen ausnützen. Natürlich suche man die Gesetze dadurch zu umgehen, indem man untergeordnete Privatpersonen als Eigentümer der betreffenden Anstalten und Klöster angebe, wozu man ein ganz raffiniertes System ausgebildet habe.

Am noch mehr gegen die Orden Stimmung zu machen, rechnete Chiesa dem Parlament vor, daß namentlich Nonnen noch eine Menge Vermögen besäßen, das nach dem Sekularisationsgesetz längst in das Eigentum des Staates hätte übergehen müssen, so z. B. in Sizilien im Werte von 1 014 506 37 Lire, in Neapel von 433 416 10 Lire. In Rom allein seien 361 Grundstücke im Genuß von Ordensgenossenschaften, deren 26 000 Zimmer von nur 3000 „Privilegierten“ bewohnt würden, während damit der für die Klöster Wohnungnot abgeholfen werden könnte. Aber die Regierung habe sich mit dem Vatikan und habe noch kürzlich unter unwürdigen Bedingungen einen Vertrag mit dem Kardinalbischof geschlossen. Ja, der Redner schaute sich nicht, sogar die edle Königinmutter Manuella in die Debatte zu ziehen, der er Begründung der Ordensleute vorwarf, wie sie z. B. 60 000 Lire für ein Kapuzinerkloster in Velletri gespendet habe. Das ist die Abscheulichkeit der noch bei den letzten Wahlen von sehr hoher Stelle so eifrig befürworteten „Gegenüber einem Regime“, so rief Chiesa aus, „das in elf Jahrhunderten einundvierzigmal die Fremden nach Italien rief, ist weder Ergebung noch Nachsicht möglich; man muß es die Macht der Oberherrlichkeit des Papsttums fähig lassen. Willst du die Restauratio ab imis mit der Abschaffung des Kartellgesetzes beginnen, damit der Charakter und das Privileg der Souveränität des Papstes aufhöre, und sie auf fortzusetzen bis zur Einziehung der Kirchengüter.“ Die alte Kulturkampfbroschüre schloß mit einem wütenden „delenda“ gegen die Kirche.

Wie wir bereits in Nr. 116 z. B. gemeldet haben, hat der Großherzog von Toskana (Justizminister) eine ablehnende Antwort gegeben.

Der „Frankf. Zig.“ ist es nun arg auf die Nerven gefallen, daß der Minister sowohl wie die Mehrheit der Kammer nicht der Ausführungen Chiasas entsprachen. Sie rechnen vor, daß unter den 169 Abgeordneten der Mehrheit bei der Abstimmung kein Dutzend sich finde, die wirklich religiös empfinden und leben. Freigeister, ja Atheisten oder wenigstens liberal sind sie alle, aber der Vatikan darf nicht angegriffen werden. Diese Leistung der „Frankfurter Zeitung“ ist nach verschiedenen Seiten interessant. „Liberal sind sie alle“ — „kein Dutzend, die religiös empfinden und leben!“ Darum die Kränen der „Frankf. Zig.“, daß sie trotzdem den Vatikan nicht anstößten. Freilich darf man nicht glauben, daß die italienische Regierung und Kammermehrheit aus Liebe zur Kirche diese Stellung einnimmt. Auch die „Corr. Romana“ warnt die Katholiken davor, sich einer Täuschung hinzugeben. Die Stellungnahme der Regierung entspricht nur Opportunitätsrücksichten; sie möchte sich der kath. Abgeordneten für ihre Zukunftspläne versichern. Trotzdem hätte es das Frankfurter Demokratienblatt lieber gesehen, wenn unerschütterliche Kulturkämpfer getrieben und die Kirche und die religiösen Orden ausgeraubt würden. Das Geldbad-Organ jammert über das Glend, das die Opposition der Herrschenden gegen die Ehegüter bringt. Es ist ein bezeichnendes Bild, ein deutsches Bild einer sogenannten liberalen Partei als Einseitiger der italienischen Liberalen zum Kampf gegen die Kirche. Will das edle Organ der Demokratie sich nicht mehr für die kühnen Wägen, Wägenführer und sonstige Blut-

sauger dieses Kalibers und Stammes interessieren, die ihm viel näher stehen, als die italienischen Ordensleute, die sie ja doch nur von der Beschimpfung und Verleumdungen kennt, die fort gesetzt gegen sie erhoben werden!

Balkanstaaten.

— Montenegro und die Mächte. Aus Petersburg wird gemeldet: Montenegro hat an die Mächte eine Zirkulärnote geschickt, in der es die strikte Verpflichtung übernimmt, den Hafen von Antivari auch weiterhin für Kriegsschiffe zu schließen. Nach dieser Erklärung überreichte der österreichisch-ungarische Botschafter gestern der russischen Regierung eine Note, wonach Oesterreich-Ungarn seine Zustimmung gibt zur Abschaffung von Artikel 6 des § 29 des Berliner Vertrages. § 29 gilt somit als fallen gelassen.

Türkei.

□ Unruhen in der Türkei. Trotz aller offiziellen Versicherungen, daß das jungtürkische Regiment die Ruhe und Ordnung in der Türkei wieder hergestellt habe, steht die Ruhe und Ordnung auf sehr wackeligen Füßen, und auf dem Fuße folgen die Nachrichten, die nicht nur von den Unruhen in Albanien, sondern auch in Kleinasien, vor allem in Syrien und Palästina zu melden wissen. Aus Beirut wird gemeldet: Im hiesigen Bijalet war die Lage in der letzten Zeit wiederholt ernst, an einigen Orten sogar sehr kritisch. Aus verschiedenen Beweisen und Anzeichen scheint hervorzugehen, daß die aus den Bijalets Akona und Aleppo in das Bijalet Beirut übergreifende Bewegung ebenso wenig wie dort auf einen spontanen Ausbruch seitens der Kurden und Türken zurückzuführen ist, sondern daß sie planmäßig durch Emisjäre aus Konstantinopel angeregt wurde. So z. B. ist erwiesen, daß in Akca zu diesem Zwecke 3000 Pfund aus Konstantinopel eintrafen. In Caiffa wurde die sehr prekäre Lage, welche aller Wahrscheinlichkeit nach zu einem Christenmassaker geführt hätte, nur durch die außerordentliche Tätigkeit des Offizierskorps gebessert. Das hiesige jungtürkische Komitee führt über die Vorbereitungen in Akca und Caiffa Unterredung. Dort, hier und an anderen Orten wurden zahlreiche Versammlungen vorgenommen. An manchen Orten müssen das Offizierskorps und das Komitee, wo deren Vorkommen noch nicht fest festgestellt ist, vorsichtig vorgehen. Menschenopfer sind nur in sehr geringer Zahl an der Grenze dieses Bijalets zu verzeichnen. Ueber einen angeblichen materiellen Schaden fehlen noch sichere Angaben.

Die Situation in Palästina scheint zwar, wie eine Depesche aus Jaffa meldet, nicht mehr gefährdet, ist aber noch keineswegs vollkommen beruhigt. Von den letzten Ereignissen und Anzeichen ist am bemerkenswertesten, daß kürzlich eine Deputation der hiesigen Volksleute, eines sehr turbulenten Elementes, welches auch beim Boykott gegen Oesterreich-Ungarn eine große Rolle spielte, beim Militärkommandanten mit der Anfrage erschien, ob es nicht angezeigt wäre, gegen die Christen in Jaffa Maßnahmen zu ergreifen. Der Militärkommandant wies darauf hin, daß dies den Unruhen der Türkei herbeiführen könnte, da es gewiß eine fremde Intervention provozieren würde, worauf sich die Volksleute beruhigten. Seit der vorigen Woche hat sich die Erregung in Jaffa verschärft, wozu Pamphlete gegen die Regierung und gegen die Christen beigetragen haben. Der italienische Kreuzer „Biondini“ und der deutsche Kreuzer „Gambuzi“, welche Jaffa berührten, haben jedoch durch ihr Erscheinen sowohl auf die erregte als auch auf die geängstigte Bevölkerung etwas beruhigend gewirkt. Durch Emisjäre, angeblich Anhänger der Wobanmedanischen Union, entstand kürzlich eine große Erregung in Rama, an der Bahnlinie Jaffa-Jerusalem, wo circa 9000 Wobanmedaner und gegen 1000 Christen wohnen. Auf bei den Behörden in Jaffa unternommene Schritte hin wurde eine Abteilung britischer Genarmen nach Ramleh verlegt. Der Vorfall der Franziskaner hat das französische Biskopulat in Jaffa von der Situation veranlaßt, worauf der Biskopulatsdirektor, Derszeit scheint die Lage dort wieder völlig ruhig zu sein.

Die Lage in Syrien ist nach einer Meldung des „Berliner Tageblattes“ aus Konstantinopel sehr bedenklich. Die Unabhängigkeitsbewegung wächst. Die Parole lautet: „Eigene Beamte, eigene Verwaltung!“ Die Truppen in Damaskus weigern sich, den neuen Sultan anzuerkennen. Man befürchtet einen allgemeinen Aufstand. — Von amtlicher türkischer Seite werden die aus Damaskus gemeldeten Unruhen dementiert. Natürlich! Eine mit dreitägiger Verhütung eingetroffene Konstantinopel-Depesche aus Ram meldet, daß dort infolge der Nachrichten über Vorbereitungen zu einem kurdischen Angriff gegen Van eine Panik ausgebrochen sei.

Frankreich.

□ Der Schiedsgerichtsprozess von Haag zur Casablanca-Affäre wird in den Pariser politischen Kreisen mit großer Aufmerksamkeit beobachtet. Das sonstige Publikum, dessen Aufmerksamkeit durch die volkswirtschaftliche Bewegung revolutionärer Charakter und den Skandal Marx vollst in Anspruch genommen wird, kümmert sich wenig um ihn. Selbst ein Teil der Presse widmet ihm nur kurze Kommentare, welche darin spielen, die Einführung des Schiedsgerichts obligatorisch zu gestalten. Der Pariser „Temps“, das führende Blatt der Auslandspolitik, stellt seine Betrachtungen in einem Leitartikel an, dem wir folgende Stellen entnehmen: „... Wie auch das Urteil gelaugt haben möchte, man mußte sich ihm ohne jede Kritik unterwerfen. Aber die öffentliche Meinung Frankreichs braucht diesen allgemeinen Gesichtspunkt nicht fest zu halten, um sich zum Entschluß zu begünstigen. Was die Prinzipienfrage betrifft, so ist die französische Auffassung durchgedrungen. Das Urteil ist nicht im streng juristischen Sinne zu verstehen. Es bedeutet eine Vermittlung. Die Richter haben eine durch- aus ehrenwerte und für jedermann annehmbare Lösung gefunden zu einem Streit, der trotz seines in sich höchst mittelmaßigen Ursprungs ein Kriegsgewitter heraufbeschwor. Dieser Gegenstand zwischen der Ursache und den Eventualfolgen des Konflikts, der auf diese Weise aus der Welt geschafft wird, bedarf sowohl in Frankreich, als auch in Deutschland einer ernstlichen Beherzigung. Der Krieg, sagte Präsident Roosevelt mit Recht, ist nicht das größte der Lebel. Auch es gibt Kriege, die Verbrechen sind, jene, die ohne gewollt und von mächtigen Interessen verlangt zu sein, aufgrund sekundärer Zwischen-

fälle losbrechen. Frankreich und Deutschland haben einen zu großen Anteil an der Zivilisation, um Kämpfe dieser Art nicht zurückweisen zu müssen. Sie haben die Pflicht, sie zu vermeiden. Ihr Einvernehmen in der Marokko-Angelegenheit, dessen Abschluß der Krise von Casablanca gefolgt ist, bedeutet den ersten Schritt auf diesem Wege. Abkommen mit klar gehaltenen Bestimmungen, welche keine Opfer der nationalen Würde verlangen und den beiderseitigen Interessen dienen, sind nützlich und erwünscht, um so mehr, als sie beiden Ländern überflüssige Aufregungen ersparen...“ Diese Ausführungen des „Temps“, die man auch in Deutschland gern unterschreibt, sind um so wichtiger, als sie die herrschende Meinung am Quai d'Orsay in Paris (Austwärtiges Amt) getreu wiedergeben.

Hd. Paris, 27. Mai. Ministerpräsident Clemenceau hatte gestern mit Bidon eine längere Unterredung über das Urteil des Haager Schiedsgerichts in der Casablanca-Affäre. Dem Urteil entsprechend wurde beschlossen, Deutschland das Bedauern Frankreichs an demselben Tage auszusprechen, wie dies von deutscher Seite geschah.

□ Die Enthüllungen über den Marinestandal dauern fort. Die Blätter veröffentlichen mehrere Aufsätze, die beweisen, daß bei vielen Beförderung für die Marine die Bedingungen nicht eingehalten wurden. Unter Anderem wird von einer Lieferung von 120 Tausend Stahlplatten berichtet, die sich als unbrauchbar herausstellten, ohne daß der Marineminister Befragungen verweigert hätte.

□ Nach dem mißglückten Streik. Aus Paris wird vom 27. Mai gemeldet: Im allg. meinen Arbeiterverbände ist eine ernste Spaltung eingetreten. In der gestrigen Sitzung des Verbandes wurden zwei Resolutionen vorgelegt, deren eine ein Tadelvotum gegen den Generalsekretär Mel enthält, während eine zweite Tagesordnung genehmigt wurde. Die Reformisten verlangten die Einbringung einer einfachen Tagesordnung, welche das Vertrauen in den Vorstand ausdrückt. Bei der Abstimmung erhielt die einfache Tagesordnung den Vorrang, wurde aber mit 60 gegen 36 Stimmen bei 7 Enthaltungen abgelehnt. Hierauf legte der Generalsekretär Mel und der Untersekretär des Verbandes ihre Resignation nieder. Es ist sicher, daß durch die Demission der Mitglieder des Reformismus und der Revolutionären noch vergrößert wird. Es verläutet auch bereits, daß mehrere Verbände ihren Austritt aus dem allgemeinen Arbeiterverbande erklärt haben.

Die Postverwaltung setzt ihre Maßregelungen von Postanstellungen, die am Streik beteiligt waren, fort. Es sollen weitere 100 Postanstellen ihres Postens entzogen werden. Der Generalrat der Post- und Telegraphenbeamten beschloß gestern, sich dem allgemeinen Arbeiterverbande anzuschließen, noch bevor das Gesetz über das Beamtenstatut in der Kammer beraten worden sei.

England.

□ Die englischen Angstreier. Im Unterhaus erwiderte Premierminister Asquith auf eine Interpellation Craig über die Absichten der Regierung bezüglich der Flottenbauten, die Regierung habe keinerlei Absichten getroffen. Die englische Flotte sei jedem beliebigen Zweimächtebund weit überlegen. Der Zweimächtebund sei unter den gegenwärtigen Umständen eine nützliche Formel, es wäre aber falsch, ihn unter allen Umständen als ausreichend zu betrachten. Das Wesentliche sei, daß England unter allen denkbaren Umständen seine Überlegenheit vor See und die Beherrschung des Meeres wahre. Hierüber herrsche keine Meinungsverschiedenheit im Hause und es sei wünschenswert, daß dieser Teil der Verwaltung überhaupt der Kontrolle entzogen würde. — Die britische Admiralität hat angeordnet, daß auf allen Werften, auf denen für die Regierung Arbeiten ausgeführt werden, alle ausländischen Arbeiter zu entlassen sind, wenn sich diese nicht naturalisieren lassen.

Serbiens neue Aktion.

Die Wiener „Neichspost“ veröffentlicht ein Schreiben einer in bedeutender Stellung befindlichen Pariser Persönlichkeit, der sie wiederholt durch die nachfolgenden Ereignisse bestätigte Mitteilungen zu verdanken hatte. Wenn dies auch diesmal zutreffen würde, hätten wir es in absehbarer Zeit mit einer neuen Aufrollung der serbischen Frage zu tun. Wir heben aus dem Schreiben folgende Stellen hervor:

„Die Freunde des europäischen Friedens, die mit nicht geringer Freude vor zwei Monaten die Befreiung einer kriegerischen Unternehmung auf dem nördlichen Balkan schwebend sahen, entsetzt beunruhigt, daß die Affären Serbiens sich fortspinnen. Man ist es dem Gewissen und der Kultur der Völker schuldig, eine Aktion zu fernhalten, welche zwar nicht für den Augenblick und schon für einen bestimmten Abendtermin, aber für die nächste geeignete erscheinende Gelegenheit einen neuen und bedeutenderen Vorstoß der serbischen Ansprüche und Herausforderungen gegen Oesterreich-Ungarn vorbereitet und um so kritischer bedacht werden muß, als das Königreich Serbien diese Unternehmung nicht auf eigene Rechnung und Gefahr zu führen beabsichtigt. Diese Aktion, die man hier nicht aufgrund von Vermutungen, sondern sehr bestimmter, aus offiziellen Quellen stehender Beweise mit großen Bedauern sich entspinnen sieht, läßt sich mit folgenden Sätzen schildern:

Serbien gibt seine Aspirationen auf Bosnien-Herzegowina und die übrigen Oesterreich-Ungarn einverleibten serbischen Gebiete nicht auf; es stellt sich die Aufgabe, der Sommerpunkt des Balkanvertrages aufzuheben und sich für die Zeit zu rüsten, wo Rußland zu einer größeren Präsenzhaftung und der Wiederaufnahme einer aktiven Politik im europäischen Osten fähig ist.

Die Bearbeitung des Bodens für die großserbischen Unternehmungen wird fortan von Prag aus erfolgen, wo man nach den in Belgrad bestehenden Annahmen hinreichend Persönlichkeiten zu besitzen glaubt, welche in- stände sind, die Aktion zu führen und durch eine allgemeine Aufschüttelung des Panisabismus in Oesterreich-Ungarn Raum zu schaffen für die beabsichtigten Staatspläne des Serbentums. Es entspricht diesen Plänen, von denen ich hier nach authentischen Dokumenten Kenntnis genommen habe, daß nach einer reichlichen Befriedigung der zahlreichen finanziellen Verbindlichkeiten, welche für die Wiener serbische Gesandtschaft gegenüber verschiedenen, dem politischen Leben Oesterreich-Ungarns angehörenden Persönlichkeiten bestanden haben, von Prag aus Versuche gemacht werden, die Abolition des Agrarner großserbischen Prozesses herbeizuführen und so möglichst rasch die Errichtung einer großserbischen Bewegung vor- zusetzen zu machen.

Jedoch soll die stille Arbeit für die Aspirationen Serbiens um so eifriger und mit um so größeren Mitteln einleiten. Es besteht ein Vertrag zwischen Rußland und Serbien, der hierfür von Seite der russischen Diktatur bestimmte Direktiven erteilt. Die russische panisabistische Organisation hat bereits nach Belgrad reichliche Mittel

fließen lassen und wird auch der Finanzen der weiteren Unternehmungen sein.

Freier beisehen aus dem Jahre 1906 und dem Jahre 1908 zwei Geheimverträge zwischen Serbien und einer anderen europäischen Macht — nicht Rußland — welche die Spitze der serbischen Politik darauf richten, vom Süden herauf die Dreieinigkeit (Dreieinigkeit) zu beunruhigen; es scheint jetzt die Absicht zu bestehen, den Panisabismus der südlichen Slaven als Wellenbrecher gegen die auf den Balkan sich ausdehnende Macht der Dreieinigkeit aufzurichten. . . .

Der Friede Europas verdient es, daß dieses Attentat schon in den Anfängen abgewehrt werde.“

Baden.

Karlsruhe, 28. Mai 1909.

Kaufmännischer in höchster Potenz.

Unter der Ueberschrift: „Das Zentrum gegen das allgemeine Wahlrecht“ schreibt das Mannheimer sozialdemokratische Organ Nr. 142:

„In einem am Sonntag in Langenleitenbach bei Ettlingen stattgehabten konservativen Versammlung, in der der konservative Mühlenbesitzer Bierich wieder als Kandidat aufgestellt wurde, verlangte der Freiherr von Schilling einen „Aufruf an das Volk“ zur Befreiung des allgemeinen Wahlrechts.“

Das sind die Herrschaften, mit denen das Zentrum bei den kommenden wie bei den letzten Landtagswahlen verbündet ist. Auch Herr Bierich wurde vor vier Jahren mit Herrlicher Hilfe gegen den Sozialdemokraten gewählt. Anders die Zentrumspolitik, die konservativen Wahlrechtsgegner unterstützt, hilft sie indirekt das wichtigste politische Recht des deutschen Volkes unterminieren und macht sich dadurch eines eklatanten Verrats an ihren Wählern schuldig, die von einer derartigen Konsequenz der Wahlkraft nichts wissen wollen. Insbesondere die industrielle Arbeiterschaft, die heute noch dem Zentrum nachläßt, möge an den Schillingischen Ausführungen erkennen, wozu der offizielle Zentrumskurs geht. Der Hof gegen den Liberalismus und das Bestreben, diesen unter allen Umständen niederzuwerfen, hat die Zentrumspolitik gegen alle politisch-moralischen Bedenken bei der Wahl der Mittel hierzu unempfindlich gemacht und selbst dazu verleitet, den schlimmsten Feinden der wenigen Reden unseres Volkes zu gemeinsamen Kampf die Hand zu reichen. Man hätte sich das im kommenden Wahlgenuss immer wieder deutlich vor Augen!“

Es gehört die ganze bekannte Geisteslosigkeit der Sozialdemokratie dem Gegner gegenüber dazu, um so etwas schreiben zu können. Nach einem Bericht im „Volksfreund“ Nr. 119 hat allerdings Freiherr von Schilling in Langenleitenbach einen Aufruf zur Befreiung des allgemeinen Wahlrechts verlangt. Ob der Berichtsjahr des „Volksfreunds“, der sich in seinem Bericht über die Langenleitenbacher konservative Vertrauensmännerversammlung in den ge- schäftigten Wendungen gegen die „prinzipielle Volkspartei“ ergeht, wahrheitsgemäß berichtet hat, wissen wir nicht. Jedenfalls aber hat er auch berichtet, daß der konservative Parteiführer Bierich alsbald nach dem Freiherrn von Schilling aufstand und zu Anfang seiner Rede betonte, er wolle nicht in die Fußstapfen seines Vorredners treten.

Aber auch ganz abgesehen davon: Nur sozialistische Frechheit kann dem Zentrum das summen, was die „Volksstimme“ tut. Das Blatt hat in seiner blinden Draufgängerart alles verwechselt, doch wie geht es weiter? Wirkungslos imdrehen können, am 30. Jahre 1905 haben bekanntlich die Herren Sozialdemokraten mit den Nationalliberalen ein Bündnis oder Abkommen geschlossen. Folglich dürfen wir nach der Logik der „Volksstimme“ die Herren Sozialdemokraten für alle Kulturkampfgelüste und alle reaktionären Rücksichtlosigkeiten der Nationalliberalen in bezug auf politische und wirtschaftliche Fragen mitverantwortlich machen. Geisteslosigkeit ist, wie man sieht, auch immer ein Stück Dummheit.

Wir brauchen hier nicht ausdrücklich zu erklären, daß das Zentrum, ohne welches es in Baden heute noch kein direktes Wahlrecht gebe, nach wie vor die feste Stütze unseres freiheitlichen Wahlrechts bleiben wird gegen jeden Gegner desselben. Ob die nationalliberalen Bundesgenossen unserer Sozialdemokraten, die sich noch nicht lange „zum Recht gehorchen, nicht dem eigenen Triebe“ der direkten Wahlrecht befehrt haben, auch als so feste Stützen erweisen werden, scheint uns einigermaßen zweifelhaft angesichts mancher nationalliberaler Äußerungen, die schon dem Norden her zu uns gedrungen sind. Wenn ihnen die Herren Sozialdemokraten zu größerem Einfluß verhelfen und damit größeren Erfolg haben als im Jahre 1905, wird man ja die Probe vielleicht erleben können.

Zu allem hin veröffentlichte jedoch die „Bad. Adz.“ Nr. 242 folgende Verächtlichkeit:

Es ist nicht wahr, daß ich in der konservativen Wahlversammlung zu Langenleitenbach am 20. Mai d. J. von Befreiung des allgemeinen Wahlrechts gesprochen habe oder einen dahin zielenden Aufruf verlangt habe.

Ich habe ungenau gesagt, es sollte ein Aufruf erfolgen an das ganze Volk, daß es Pflicht sei eines jeden Bürgers, sein Wahlrecht auszuüben, damit dasselbe nicht von Gegnern der bestehenden Ordnung zum Kampf gegen diese mißbraucht werden könne.

Nur in diesem Zusammenhang habe ich von Mißbrauch des Wahlrechts gesprochen. Karlsruhe, den 28. Mai 1909.

Freiherr Victor von Schilling.

Kandidaturen.

Durlach, 27. Mai. Man schreibt uns: Das Unvermeidliche ist also geschehen. Die Freiwillichen haben Herrn Rechtsanwalt Fröhlich nun offiziell auf den Schild gehoben, nachdem alle Verhandlungen, die liberalen Gruppen auf einen gemeinsamen Kandidaten zu einigen, fruchtlos waren.

Nun kann in Durlach der Wahlkampf unter fünf Parteien beginnen. Von der nationalliberalen Partei ist aufgestellt Bahnerwarter Fröhlich, von der Sozialdemokratie Arbeiter Weber, vom Freiwillichen Rechtsanwalt Fröhlich, die demokratische Kandidatur Meißa wird demnächst öffentlich bekannt gegeben. Das Zentrum wird selbstverständlich unter Beachtung aller der klaren Verhältnisse und der Rücksichtnahme auf das gewohnte Entgegenkommen nicht versäumen, auch seinen Kandidaten zu ernennen.

Seit einiger Zeit mühen sich Jungliberale, im Einverständnis mit den Nationalliberalen und Freiwillichen, um eine gemeinsame Kandidatur ab, die auch die Demokraten hätten beitreten können und der sie auch in der Stichwahl beigetragen wären. plüßlich taucht die nationalliberale Partei auf und stellt über die Köpfe der Unterhandlungsparteien

